

USA / IRAK

Söldner beim "Festtagsschießen"

Trotzig verteidigt der Chef der Sicherheitsfirma Blackwater seine Männer gegen den Vorwurf, sie benähmen sich im Irak wie schießwütige Cowboys. Er weiß: Ohne ihn kommt man dort nicht aus.

VON Alexander Bühler | 23. Mai 2011 - 21:33 Uhr

Erik Prince, Chef der privaten Sicherheitsfirma Blackwater, sieht genauso aus, wie man sich einen ehemaligen Soldaten der US-Armee vorstellt, der nun im zivilen Leben zurechtkommen muss: Kurzhaarschnitt, bullige Statur, ein blauer Anzug, der nicht recht passt. Als Prince vor dem Kontrollausschuss des Kongresses über die Rolle seines Unternehmens im Irak aussagen musste, lag ein Hauch von High Noon über der Szenerie.

Die Vorwürfe, den man Prince machte, wogen schwer: Seine Mitarbeiter unterminierten die Anstrengungen der USA im Irak, weil sie sich wie schießwütige "Cowboys" benähmen. Grundlage dieser Anschuldigung war der Zwischenfall vom 16. September, als Blackwater-Söldner Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums durch Bagdad fuhren. Plötzlich - sagen die Amerikaner - explodierten Bomben, die Autos des Konvois wurden beschossen. Die Blackwater-Söldner erwiderten das Feuer nur, um sich zu verteidigen.

Die irakische Version lautet anders: An einer belebten Straßenkreuzung eröffneten die Söldner in den Autos völlig unbegründet das Feuer und töteten den irakischen Fahrer eines Wagens. Als das Auto führerlos davonrollte, schossen die Amerikaner in Panik auf das Fahrzeug und in die Menschenmenge, von oben überschütteten die begleitenden Blackwater-Hubschrauber die Iraker mit einem Kugelhagel.

Als weiterer Beweis für den schlechten Ruf der Blackwater-Mitarbeiter dienen die Zahlen, die Blackwater selbst zur Verfügung gestellt hat: Von Januar 2005 bis zum 12. September dieses Jahres waren Blackwater-Mitarbeiter an 195 Feuergefechten im Irak beteiligt, bei 163 davon eröffneten sie selbst das Feuer.

Wie so ein Zwischenfall aussehen kann, weiß Andy Bearpark, Vorsitzender der BAPSC, der britischen Vereinigung der privaten Sicherheitsfirmen. Von 2003 bis 2004 arbeitete er für die provisorische Koalitionsregierung des Iraks. Eine besonders brenzlige Situation ergab sich im April 2004: Ein Büro der Regierung in Nadschaf, der heiligen Stadt der Schiiten, wurde immer wieder angegriffen. Telefonisch hielt Bearpark mit dem Leiter des Büros Kontakt. "Die Attacken dauerten über Tage an", sagt Bearpark, "die Aufständischen hatten sich teilweise im gegenüberliegenden Krankenhaus verschanzt, und ihre Treffer wurden immer genauer."

Die US-Soldaten im Gebäude hätten die Aufständischen nicht mehr lange aufhalten können. Was sie rettete, war die Anwesenheit von Blackwater-Mitarbeitern. Denn die

forderten Hubschrauberunterstützung an, ließen Munition ein- und einen verwundeten Soldaten ausfliegen. Ein Blackwater-Mitarbeiter sagte in die Kamera eines anwesenden Amateurfilmers, die Iraker abzuknallen sei "wie ein Festtagsschießen" gewesen.

Situationen wie diese ließen in der Anhörung vor dem Kongressausschuss die Brust des Blackwater-Chefs vor Stolz anschwellen. Er verkündete, es gehe ihm gar nicht so sehr um das Geld, das sein Unternehmen für die Dienstleistungen bekomme; immerhin mehrere hundert Millionen Dollar im Jahr. Sondern genau wie seine Männer sei auch er ein echter Patriot. Daher kämpfe Blackwater Seite an Seite mit den US-Soldaten.

Doch eine allzu enge Verbrüderung von Sicherheitsfirmen und regulärer Armee kann zu einem Risiko werden. In einem kürzlich erschienenen Artikel schreibt Peter Singer, vom Washingtoner Thinktank Brookings Institution, dass immer mehr Iraker die privaten Sicherheitsfirmen hassen. Sie halten deren 48.000 bewaffnete Mitarbeiter für eine der schlimmsten Begleiterscheinungen der amerikanischen Präsenz.

Tatsächlich gehen Blackwater und andere Unternehmen äußerst brutal vor, um ihren Auftrag, den Schutz hochrangiger Amerikaner, sicher zu gewährleisten. Sie rasen im Konvoi mit schweren, gepanzerten Geländewagen durch den Irak, mit Sirene und Blaulicht, am Heck ein Schild, das Iraker warnt. Wer sich ihnen von hinten zu schnell nähert, wird niedergeschossen, wer vorne zu langsam fährt oder in den Weg gerät, wird zur Seite gedrängt.

Dabei kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Unschuldige erschossen werden - und die Iraker erleben immer wieder, dass die schießwütigen Fremden ungestraft davonkommen. Denn Paul Bremer, Chef der provisorischen Koalitionsregierung, erließ am letzten Tag seiner Amtszeit ein höchst fragwürdiges Dekret, die sogenannte CPA Order 17. Nach ihr sind alle Mitarbeiter von Unternehmen, die für Ausländer arbeiten, von der irakischen Strafverfolgung ausgenommen. Selbst der Blackwater-Mitarbeiter, der an Heiligabend 2006 einen Leibwächter des irakischen Vize-Premiers tötete, wurde lediglich entlassen und in ein Flugzeug nach Hause gesetzt.

Die Gefahr, schreibt Singer, wächst, dass Iraker die privaten Sicherheitsfirmen und die US-Armee gleichsetzen. Das Verhalten der Sicherheitsfirmen macht es den Aufständischen immer einfacher, neue Landsleute zu rekrutieren und zerstört die Bemühungen der US-Armee, die Bevölkerung für sich zu gewinnen.

In der Sitzung des Ausschusses wurden hohe Militärs zitiert, die Blackwater scharf kritisieren, beispielsweise General Karl R. Horst, ehemaliger stellvertretender Befehlshaber der 3. Infanteriedivision: "Es gibt keine Kontrolle über diese Männer, niemand kann sie belangen, wenn sie zu brutal vorgehen. Wenn sie jemanden erschießen, muss ein anderer die Konsequenzen tragen. Und das passiert dauernd."

Trotzdem sehen auch die schärfsten Kritiker kaum eine Chance, ohne die privaten Sicherheitsfirmen auszukommen. In einem Interview mit CNN sagte Jeremy Scahill, dessen Buch *Blackwater* den Aufstieg des Unternehmens und seine fragwürdigen Praktiken beleuchtet, dass das Vorgehen von Blackwater am 16. September für den Ruf Amerikas im Irak schlimmer gewesen sei als das Foltergefängnis von Abu Ghraib. Doch ohne Blackwater oder ähnliche Sicherheitsfirmen sei "die Besetzung des Irak unmöglich und unhaltbar", sagt Scahill. Als Blackwater auf Drängen des irakischen Premiers Nouri al-Maliki drei Tage lang nicht eingesetzt wurde, konnten jene Mitarbeiter amerikanischer Behörden, die normalerweise von dem Sicherheitsunternehmen im Irak geschützt und eskortiert werden, nicht arbeiten. Sie waren in der Grünen Zone eingeschlossen.

Kein Wunder, dass Erik Prince einem der höchsten Gremien des amerikanischen Parlaments trotzig erklärte, wenn die Regierung die Dienste von Blackwater nicht wolle, dann könne "man auch woanders hingehen".

COPYRIGHT: ZEIT online

ADRESSE: <http://www.zeit.de/online/2007/41/us-kongress-blackwater-irak>